

Sehr geehrte Frau Ratspräsidentin, sehr geehrter Herr Regierungsrat,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

Mein Dank geht an die GPK und deren Subkommission unter der Führung von Daniel Schwab. Es ist einfacher, schöne Mine zum guten Spiel zu machen als den Finger auf den wunden Punkt zu legen, zu Mal sich der Gesamregierungsrat in der Vergangenheit grosse Versäumnisse bei der kantonalen IT vorwerfen lassen muss. Selbst dem ungeneigten Leser wird beim ersten Abschnitt des GPK Berichts klar, dass der Regierungsrat hier schleunigst das Steuer herumreissen muss.

Die GPK kommt zum Schluss, dass gravierende Mängel bestehen und dass nicht gewährleistet werden kann, dass die IT im Interesse des Gesamtkantons geführt und gesteuert wird – ein vernichtendes Urteil!

Der Regierungsrat nahm weder seine strategische Verantwortung in der Führung der IT war, noch hat er die Organisation im Interesse des Kantons ausgerichtet sondern sich die IT Untertan der Partikularinteressen der Direktionen gemacht. Die einzelnen Regierungsräte haben die IT bewusst fragmentiert gehalten, um ein Zusammenwachsen einer direktionsunabhängigen IT zu verhindern. Politischer Einfluss steht hier offensichtlich über dem Dienst an der Gesellschaft. Dies ist insbesondere Bemerkenswert, als die einzelnen Regierungsratsmitglieder nach §11 OG RR der Vertretung des Kollegiums gegenüber ihrer Stellung als Direktionsvorstehende den Vorrang einzuräumen haben. Somit darf die grundsätzlich Frage gestellt werden ob das Organ Regierungsrat so funktioniert, wie wir Stimmbürger uns das vorstellen?

Darauf können wir in diesem Saal später zurückkommen. Die Frage die wir uns stellen müssen ist: warum soll uns das gute Funktionieren einer IT überhaupt kümmern? Muss nicht die Verwaltung selber damit zurechtkommen?

Der Grund ist einfach: eine schlechte geführte IT führt unweigerlich zu Verschleuderung von Steuergeldern, sowohl durch höhere Kosten wie auch durch ungenutztes Synergiepotential. Die GPK ist nicht so weit gegangen um diese Kosten zu schätzen, die in den letzten Jahren den hart arbeitenden Steuerzahlern durch Missmanagement aufgebürdet wurden. Aus dem Fall RIS II der uns im Regierungsratsbeschlusses 1116 präsentiert wurde sehen wir, dass ein schlecht geplantes und ausgeführtes IT Projekt schnell zu Abschreibungen im zweistelligen Millionenbereich führen kann. Extrapoliert man die RIS II Erfahrungen und kombiniert man diese mit dem Wissen aus der

Privatwirtschaft und bekannten Fällen auf Bundesebene wissen wir, dass die Kosten unzureichender IT Plattformen schnell sehr hoch sein können. Ich unterstelle hier dem Regierungsrat, dass er durch die von der GPK gefundenen gravierenden Mängel in der IT über die Jahre mehrere Steuerprozent verschleudert hat. In einer Zeit von LÜ16 muss uns das sehr wohl interessieren.

Die Verantwortung für die gravierenden Mängel liegt in diesem Fall ganz alleine beim Regierungsrat. Der Regierungsrat kann sich nicht über ein Kompetenzgerangel mit dem Kantonsrat herausreden. Sämtliche IT Mittel und Dienstleistungen werden als gebundene Ausgaben qualifiziert, weshalb die Einflussnahme des Kantonsrates über die Kreditbewilligung ausgeschlossen ist.

Die FPD erwartet daher folgende Schritte vom Regierungsrat:

Erstens: Der Regierungsrat muss nun – nachdem die GPK schon 2013 und 2015 auf Unzulänglichkeiten aufmerksam gemacht hat - alle von der GPK im Bericht vorgeschlagenen Empfehlungen umsetzen , insbesondere:

- Mit dem Projekt «Neue kantonale IT» muss die IT des Kantons unter einer gemeinsamen, direktionsunabhängigen Führung zusammengeführt und vereinheitlicht werden. Wir erwarten, dass ein grosser Teil der Rund CHF 170 Millionen IT Dienstleistungen zentral zur Verfügung gestellt werden. Heute werden rund 160m oder 90% dezentral – das heisst in den einzelnen Direktionen – bereitgestellt. Um dies zu erreichen müssen die Kultur, die Strukturen, die Incentivierungen und Weisungsrechte auf der Ebene Verwaltung grundlegend angepasst werden.
- Die Beschaffung der IT muss vereinheitlicht und professionalisiert werden. Wiederum sehen wir hier im Kantonsrat nur die Spitze des Eisbergs, ich bin aber überzeugt, dass eine professionelle, direktionsübergreifende Beschaffung das Risiko einer Auswahl von schlechten Dienstleistern oder Produkten – wie geschehen bei der unsäglichen Beschaffung der Gov-Ware durch die Sicherheitsdirektion – massiv vermindert werden kann.
- Weiter muss ein zentrales, direktionsunabhängiges IT-Controlling und Change Management aufgebaut werden, welches Probleme frühzeitig aufzeigt und direktionsunabhängige Verbesserungen in die Wege leiten kann.

Zweitens: Der Regierungsrat muss wahrheitsgetreu und realistisch über die IT informieren. Der GPK Bericht kommt zum Schluss, das in wesentlichen Abschnitten über die letzten Jahre erhebliche Entwicklungen bei bedeutenden Projekten unerwähnt blieben oder sogar eine gegenseitige Sachlage suggeriert

wurde. Ich kann das in klare Worte fassen – ich fühle mich hier vom Regierungsrat zum Thema IT hinters Licht geführt, das ist inakzeptabel.

Der GPK Bericht erwähnt weiterführend, ob zu überprüfen wäre, dass die vollständige Hoheit des Regierungsrats über die IT Mittel zwecks Qualifikation als gebundene Ausgaben mit dem Mittel der Kreditbewilligung beschränkt werden soll. Ich finde, dass wir zu diesem Zeitpunkt davon absehen sollten.

Ersten dürfen wir erwarten, dass der Regierungsrat den offensichtlichen Handlungsbedarf erkannt hat. Wir sollten ihm nun nicht die Möglichkeit entziehen, seinen Laden selber auf Vordermann zu bringen.

Zweitens bin ich grundsätzlich von der Qualität unserer Exekutive überzeugt. Wenn die 7 Regierungsräte in Sachen IT vermehrt zusammenarbeiten, können wir hier im grossen Schritte vorankommen.

Drittens werden die Aufsichtskommissionen auch weiterhin dem Regierungsrat in Sachen IT genau auf die Finger schauen. Wenn wir keine Verbesserungen sehen können wir als Kantonsrat auch nächstes Jahr noch einschreiten, dann wohl eher mit einer PUK als mit der GPK.

Besten Dank.